**VERORDNUNG
zum Verkehrsgesetz**

(vom 4. Juni 1997¹; Stand am 1. Januar 2008)

Der Landrat des Kantons Uri,

gestützt auf Artikel 8 und 10 des Gesetzes vom 22. September 1996 über die Förderung des öffentlichen Verkehrs²,

beschliesst:

Artikel 1 Bestellung des Leistungsangebots

Im Rahmen einer ganzheitlichen Verkehrspolitik und im Einvernehmen mit den direkt interessierten Gemeinden bestellt der Regierungsrat bei Transportunternehmungen Verkehrsleistungen.

Artikel 2³ Gemeindeanteil

¹ Die an der betreffenden Transportunternehmung direkt interessierten Gemeinden beteiligen sich am Anteil, den der Kanton für bestellte Verkehrsleistungen zu bezahlen hat. Davon übernehmen sie:

- a) 10 Prozent bei Abgeltungen zugunsten der Matterhorn-Gotthard-Bahn;
- b) 30 Prozent bei Abgeltungen zugunsten der SBB, der Auto AG Uri, des Postautodienstes, der Schifffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee, der Treib-Seelisberg-Bahn und der Luftseilbahn Schattdorf-Haldi.

² Bevor der Regierungsrat mit Transportunternehmungen, die in Absatz 1 nicht erwähnt sind, Angebotsvereinbarungen abschliesst, legt er im Einvernehmen mit den direkt interessierten Gemeinden deren Beitragssatz fest.

Artikel 3⁴ Aufteilung unter den Gemeinden

Sind mehrere Gemeinden an der betreffenden Transportunternehmung direkt interessiert, wird der Gemeindeanteil auf sie nach folgenden Kriterien und folgender Gewichtung aufgeteilt:

¹ AB vom 13. Juni 1997

² RB 50.5111

³ Fassung gemäss LRB vom 24. September 2007, in Kraft gesetzt auf den 1. Januar 2008 (AB vom 5. Oktober 2007).

⁴ Fassung gemäss LRB vom 24. September 2007, in Kraft gesetzt auf den 1. Januar 2008 (AB vom 5. Oktober 2007).

50.5115

- a) Einwohner 55 Prozent;
- b) Haltestellen 25 Prozent;
- c) Arbeitsplätze 20 Prozent.

Artikel 4 Kantonale Verkehrskommission a) Zusammensetzung

¹ Als Mittel der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden wählt der Regierungsrat die kantonale Verkehrskommission.

² Diese besteht aus:

- a) dem Vorsteher oder der Vorsteherin der zuständigen Direktion⁵, die den Vorsitz hat;
- b) dem Vizepräsidium gemäss Absatz 3;
- c) je einer Person als Vertretung der Regionen Ursern, oberes Reusstal, Seegemeinden und Schächental;
- d) zwei Personen als Vertretung des unteren Reusstals;
- e) einem Verkehrsexperten oder einer Verkehrsexpertin.

³ Das Vizepräsidium ist aus der Vertretung der Regionen zu wählen. Im übrigen konstituiert sich die Verkehrskommission selbständig.

⁴ Die zuständige Direktion⁶ führt das Sekretariat.

⁵ Die Mitglieder der Verkehrskommission werden nach der Nebenamtsverordnung⁷ entschädigt.⁸

Artikel 5 b) Aufgaben

¹ Die Verkehrskommission berät den Regierungsrat:

- a) bei der Bestellung des Leistungsangebotes;
- b) bei Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs;
- c) bei der Erarbeitung der Verkehrsplanung.

² Der Regierungsrat kann der Verkehrskommission weitere Aufgaben übertragen.

⁵ Volkswirtschaftsdirektion; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322).

⁶ Volkswirtschaftsdirektion; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322).

⁷ RB 2.2251

⁸ Fassung gemäss LRB vom 15. Dezember 1999, in Kraft gesetzt auf den 1. Januar 2001 (AB vom 24. Dezember 1999).

Artikel 6 Inkrafttreten

Der Regierungsrat bestimmt, wann diese Verordnung in Kraft tritt.⁹

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin: Maria Baumann

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

⁹ Vom Regierungsrat in Kraft gesetzt auf den 1. Oktober 1997 (AB vom 10. Oktober 1997).